

A New Strategy for Controlling Illegal Immigration

VORTRAG TOM TANCREDOS ZUR AMERIKANISCHEN EINWANDERUNGSPOLITIK

Die Mehrheit der Amerikaner erwartet vom amerikanischen Kongress, dass das Problem der illegalen Einwanderung bald möglichst gelöst wird. Doch der Kongress scheint sich in dieser Frage nicht zu bewegen. So sind die zwei kürzlich verabschiedeten Vorlagen kaum miteinander vereinbar, und der Status Quo ist vor dem Hintergrund der steigenden Zahl der illegalen Einwanderer nicht länger hinnehmbar. Doch auch die Möglichkeit eines politischen Kompromisses zur Lösung des Problems der illegalen Einwanderung scheint in weite Ferne gerückt.

Tom Tancredo, Republikanischer Abgeordneter aus dem Bundesstaat Colorado im Repräsentantenhaus und Experte für Einwanderungspolitik, kritisierte in seiner Rede die Einwanderungspolitik Präsident Bushs scharf, da diese eine Amnestie für illegale Einwanderer beinhalte.

Zugleich warnte Tancredo jedoch vor der Verwendung des Wortes ‚Immigrant‘, da dies sich qua amerikanischer Gesetzesdefinition immer auf einen legalen Einwanderer beziehe, während das Gesetz den Terminus des ‚illegalen Einwanderers‘ gar nicht kenne. Die illegale Einwanderung sei ein großes Problem für die USA, da jetzt schon über 12 Mio. Illegale in den USA seien. Daher müssten zuerst die Landesgrenzen zu Mexiko und Kanada besser und effektiver gesichert werden, um so schnell wie möglich die illegale Zuwanderung zu stoppen. Da jedoch Bush eine radikale Grenzsicherung ohne eine damit verbundene Diskussion über den Verbleib der illegalen Immigranten ablehne,

sei es schwer, diese Pläne im Kongress durchzusetzen. Vielmehr würde Bush Politik für eine offene und ungeschützte Grenze betreiben.

Darüber hinaus machte Tancredo deutlich, dass seiner Meinung nach Bushs Pläne für eine Amnestie für illegale Einwanderer letztlich zur Verleihung der amerikanischen Staatsbürgerschaft führen würden. Doch tatsächlich sei eine Amnestie nur die Aufhebung der Strafe, aber keineswegs sei sie mit einer Verleihung der Staatsbürgerschaft verbunden. Ebenso verwies Tancredo darauf, dass die Kritik an seiner Person und radikalen Einwanderungspolitik von Seiten der Republikanischen Partei nicht gerechtfertigt sei. Viele in der Partei hätten zwar Angst, dass seine Einwanderungspolitik Wähler verschrecken würde, doch wenn man durch diese Einwanderungspolitik Amerika sicherer machen könnte, so würden dies die Wähler auch der Republikanischen Partei danken.

Auch warf er Präsident Bush eine Doppeltzüngigkeit vor, die der Partei weitaus stärker schaden würde. So spreche Bush zwar davon, die illegale Einwanderung stoppen zu wollen, bereite aber gleichzeitig ein neues Gastarbeiterprogramm im Rahmen des Huchtinson-Pence-Plans vor. Tancredo machte deutlich, dass man die 12 Mio. illegalen Immigranten nicht automatisch als US-Staatsbürger anerkennen solle, sondern dass man sie durchaus auch abschieben könnte und auch müsse.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

SIMON FRIEDLE

September 2006

www.kas.de/usa

www.kas.de

Auch verwies er auf die momentane politische Instabilität in Mexiko. Sollte diese sich verschlimmern und die mexikanische Wirtschaft dadurch in eine weitere Krise geraten, so sei mit einem Massen-Exodus von Mexikanern zu rechnen.

Daher müsse die oberste Priorität die Grenzsicherung sein. Auch müsse man darüber nachdenken, die Armee zur Grenzsicherung einzusetzen. Zugleich warnte Tancredo davor, dass viele Muslime über Brasilien nach Südamerika einwandern würden, die dann wiederum in die USA gelangen würden. Von diesen ein großes Gefahrenpotential für die innere Sicherheit der USA ausgehe.

Da der Kongress und das Weiße Haus keine geeignete Politik gegen die illegale Einwanderung betreibe, müsse man eine neue Strategie entwickeln. So müssten eben die einzelnen Bundesstaaten und Gemeinden härtere Gesetze gegen illegale Immigranten erlassen und diese stärker verfolgen. Auch warnte Tancredo davor, dass im Zuge der internationalen Wirtschaftsabkommen wie NAFTA (North American Free Trade Agreement) und CAFTA (Central American Free Trade Agreement) die USA Gefahr liefen, die illegale Einwanderung zu verstärken.